

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei ihrer Zustellung im Haus für Stadt-Vertrauen oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 2.— M., bei Zustellung unter Straßband 3.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen die nächstgehörige Nummerierung oder deren Raum 1,20 M., Werbenummern das letzte Viertel des Monats 20 Pf., jedes weitere Viertel 25 Pf., Leerzeilen 10 Pf. Bei Anzeigen in Veranlassung von 1000 der Zeitung wird, unterhalb für den darauffolgenden Tag, müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2764

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das baltische Abenteuer.

Unwürdiges Spiel.

Der „Vorwärts“ benutzt den heute früh wiedergegebenen Artikel der „Times“ über die Wirren im Baltikum, um noch einmal grundsätzlich die Stellung Deutschlands zu dieser Frage zu erörtern. Diese „grundsätzliche“ Erörterung beleuchtet die ganze Grundlosigkeit des Zentralorgans der regierenden Rechtssozialisten. Der „Vorwärts“ betont allerdings, daß Deutschland keine Interessen im Baltikum habe und daß das deutsche Volk keine Lust habe, „wegen der Siedlungsmöglichkeit von einigen tausend Soldaten in die ernsthaftesten und verhängnisvollsten Schwierigkeiten hineinzukommen“. Aber gegenüber der Andeutung der „Times“, daß die deutsche Regierung, die nicht imstande sei, ihre Truppen in Kurland zum Gehorsam zu zwingen, keinen Anbruch habe als Regierung behandelt zu werden, weiß der „Vorwärts“ nichts Besseres als eine schändliche Bemerkung über die Machtlosigkeit der italienischen Regierung gegenüber den Vorgängen in Triume zu machen. Wer im Glas-hause sitzt, meint der „Vorwärts“ belehrend, soll nicht mit Steinen werfen!

Dieser Ausfall ist doch der Gipfel der Frechheit, den man sich nur denken kann. Der „Vorwärts“ weiß sehr wohl, daß der Kernpunkt der baltischen Schwierigkeiten in der offenen Unterstützung der militärischen Verfechter im Baltikum durch die Organe der deutschen Reichsregierung liegt. Er selbst hat vor einigen Wochen festgestellt, daß die kurländischen Rebellen von Reuten gefördert werden, die in den Informationsstellen der Regierung sitzen. Er selbst mußte notgedrungen das Material veröffentlichen, aus dem die fortgesetzte Unterstützung des Grafen Goltz mit Kriegsmaterial und neu-angeworbenen Truppen hervorging. Auch das Zusammenwirken der deutschen und russischen Konterrevolutionäre ist wiederholt im „Vorwärts“ festgenagelt worden. Es ist deshalb unerhört, wenn der „Vorwärts“ jetzt bemerkt, die Entente möge sich wegen des Uebertritts freiwilliger Truppen in die Dienste Koltshaks mit Koltshak selbst auseinandersetzen. Dem „Vorwärts“ kann der geheime Korpsbefehl des Grafen Goltz vom 31. Juli d. J. nicht unbekannt sein, in dem dieser zur Eile der russischen Konterrevolution direkt verbietet, gegen den Uebertritt in russische Dienste Propaganda zu treiben. Die Folge dieses Korpsbefehls war, daß ganze Abteilungen der deutschen Armee in Kurland in die Dienste Koltshaks übertraten. General Goltz ist wegen dieser verbrecherischen Preisgabe deutscher Soldaten an die russischen Konterrevolutionäre ebensowenig zur Verantwortung gezogen worden wie wegen seiner sonstigen Tätigkeit im Baltikum. Nach wie vor genießt er das Vertrauen der Reichsregierung und wird von Berlin aus fortgesetzt unterstützt. Das ist es, wogegen die Entente sich mit Recht wendet und was sie zu der Annahme zwingen muß, daß die deutsche Regierung entweder bewußt ein Doppelspiel im Baltikum treibt oder gegenüber den alldeutschen Drahtziehern machtlos ist. Gegenüber diesen Umständen ist es allerdings kein Wunder, daß in der Entente-Prese Neußerungen laut werden, daß die deutsche Regierung keinen Anspruch habe, als Regierung behandelt zu werden. Gegen dieses vernichtende Urteil helfen keine schändlichen Ausfälle gegen die Entente, sondern nur Taten, die den ehrlichen Willen der Regierung bekunden, mit der Schweinerei in Kurland aufzuräumen.

Wie notwendig es ist, endlich einmal den in Berlin sitzenden Zutreibern des Grafen Goltz und Koltshaks das Handwerk zu legen, geht aus folgender Kopenhagener Meldung vom 23. d. Mts. hervor:

„Latsopref“ bezieht, laut den Berichten der Spezialkorrespondenten einiger Blätter, daß in Wita am 19. September direkt aus Deutschland in Eisenbahnzügen Mannschaften, Kriegsmaterial und vier weittragende Geschütze unter dem Kommando des Hauptmanns Krobbe eintrafen. Eine weitere Batterie schwerer Artillerie ist unterwegs. Der Befehl der russischen Klettertruppen rät den Offizieren, Urlaub zu nehmen und nach Berlin zwecks Bernahmung militärischer Ausbildung zu reisen.

Auch sind in den letzten Tagen zahlreiche Meldungen zugegangen, daß fortgesetzt Mannschaften und Kriegsmaterial aus Berlin nach Kurland und Litauen abtransportiert werden. Die Regierung und der „Vorwärts“ leben das anscheinend nicht oder wollen es nicht leben. An

der Tat: Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Eine alldeutsche Lügenmeldung.

Das litauische Pressebureau ist ermächtigt zur Drohmeldung eines Sonderkorrespondenten des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus dem Haag vom 22. September, abgedruckt in der „Täglichen Rundschau“ Nr. 469 vom 23. September, worin u. a. gesagt wird, daß die Litauer die Deutschen zurückwünschten, nämlich folgendes zu verlautbaren:

„Die litauischen Kreisräte, die litauische Presse, sowie alle politischen Parteien des Landes haben sich in zahlreichen Rundgeburgen gegen das Vorgehen der Deutschen in Litauen gewendet, da sie während der Okkupation nur die materiellen Schätze des Landes ausbeuteten, die Wälder abholzten und Kohlen, wie Lebensmittel wegführten, so daß durch diese Plünderungen und Mißhandlungen der Bevölkerung das Vorgehen der Deutschen sprichwörtlich wurde und die Litauer, deren sofortigen Abzug verlangten und noch verlangen. Zur Volkshilfe, und besonders der höheren, haben die Deutschen nichts getan, da dieselbe auch während der deutschen Okkupation in litauischen Händen lag. Die Organisation des litauischen Staates und der Armee wurde von den Litauern selbst besorgt und die finanzielle Lage des Landes hat sich erst unter einheimischer Verwaltung gebessert.“

Im Gegenteil ist zu sagen, daß die deutschen Soldaten es waren, die durch die nach der deutschen Revolution bei ihnen herrschenden Inzucht und Großtätigkeit Litauens den Bolschewisten überantwortet haben.“

Heimkehr der Kriegsgefangenen aus England.

H. N. Cass, 25. September

Die Zurückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen aus England via Rotterdam hat gestern begonnen. Nach der vorübergehenden Regelung werden jetzt täglich 300 Kriegsgefangene aus England nach Rotterdam abgehen. Die Zahl soll aber baldmöglichst auf 1000 pro Tag erhöht werden.

Ebenso treffen in Koblenz täglich zwei Züge mit Gefangenen aus amerikanischer Gefangenschaft ein. Diejenigen, welche unsicherlich zu Hause sind, bleiben im Durchgangslager Koblenz, während die übrigen aus dem unbesetzten Deutschland nach Limburg weiterfahren.

Englische Uebergriffe.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Stockholm, 23. September.

Nach Meldung des Generalhabs in Selsingfors ist ein schwedischer Handelsdampfer auf dem Wege von Kronstadt an der Ingermannländischen Küste durch englische Streitkräfte aufgegriffen und nach Björle gebracht worden. Das Schiff wurde bekanntlich bei seiner ersten Rückfahrt durch finnische Behörden angehalten. Seine zweite Rückfahrt ist durch diesen flagranten Uebergriff der Engländer gehindert worden. Es bleibt abzuwarten, was die schwedische Regierung dazu tun wird.

Streit deutscher Gerichtsbeamten in Posen.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Thorn, 25. September.

„Gazeta Torunska“ meldet aus Posen: Die Justizabteilung des polnischen Ministeriums für die Provinz Posen sandte vorige Woche an das Präsidium des Posener Oberlandesgerichtes ein Memorandum, in welchem eine ganze Reihe von Ungerechtigkeiten im Verhalten der Gerichte gegenüber den polnischen Behörden verzeichnet waren. Darin wurde auch festgestellt, daß die Kompetenz des preussischen Justizministeriums durch die Demarkationslinie begrenzt sei. Die polnische Justizabteilung verlangte strenge Befolgung der Bestimmungen der polnischen Behörden und bezeichnete als Termin eine diesbezügliche Erklärung bis zum 27. September. Als Antwort proklamierte der die Gerichtsbeamten aller Kategorien umfassende Verband den sofortigen Streik. Das Präsidium des Posener Oberlandesgerichtes erklärte sich gegen den Streik und forderte die Beamten auf, in Strafsachen und allen Gerichtsverhandlungen, die keine Verzögerung erleiden dürfen, ihre Amtstätigkeit weiter auszuüben bis zum Eintreffen der schleunigst eingehenden Stellungnahme des preussischen Justizministeriums. Dieser Aufforderung haben sich die Beamten nur teilweise gekneigt, die anderen sind im Streik verblieben.

Massenorganisationen und „Massenaktionen“.

Seit Ausbruch der Revolution haben die deutschen Gewerkschaften einen unerwarteten Aufschwung ihrer Mitgliederzahlen erlebt. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der 64 Verbände vereinigt, zählt gegenwärtig etwa 64 Millionen Mitglieder. Gleichzeitig damit vollzog sich eine bedeutende innere organisatorische Umwandlung in der Richtung auf eine stärkere Zentralisation. Von der Gesamtmitgliedschaft des Gewerkschaftsbundes entfallen 5,3 Millionen oder 8,8 Prozent auf die zwölf Gewerkschaften, die über 100 000 Mitglieder zählen. Es sind dies die Verbände der Metallarbeiter mit 1 350 000 Mitgliedern, der Fabrikarbeiter mit 505 000, der Transportarbeiter mit 450 000, der Bergarbeiter mit 422 000, der Eisenbahner mit 420 000, der Bauarbeiter und Landarbeiter mit je 400 000, der Textilarbeiter mit 370 000, der Angestellten mit 350 000, der Salzarbeiter mit 310 000, der Gemeindefarbeiter mit etwa 250 000 und der Schneider mit mehr als 100 000 Mitgliedern. Diese zwölf Verbände umfassen bereits bei Kriegsausbruch etwa drei Viertel aller Mitglieder der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften. Zur Zeit des Tiefstandes der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen während des Krieges, gegen Ende des Jahres 1916, umfaßten sie mit 744 421 Mitgliedern noch 77 Prozent der Zahl aller Organisierten. Mit dem November 1918, in fast allen Gewerkschaften sofort eine rapide Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen ein, die jene zwölf Verbände auf ihre kolossale Machtstärke führte.

Nun ist nicht zu verkennen, daß die innere Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen mit der Entwicklung ihrer zahlenmäßigen Größe nicht gleichen Schritt gehalten hat. Die großen Vermögen, die es vor dem Kriege den meisten Gewerkschaften gestatteten, auch größere Streiks eine geraume Zeit durchzuhalten, haben sich relativ, das heißt auf den Kopf des Mitgliedes berechnet, verringert. Sie sind im Laufe der Jahre angefallene Mitgliederzahlen der ökonomische Wirkkraft der Organisationen. Jedes Einzelmitglied hat durch jahrelange Mitgliedschaft gewissermaßen einen Fonds für sich selbst gelammelt. Die große Zahl der neuen Mitglieder gehört den Gewerkschaften jedoch noch nicht lange genug an und konnte mithin durch die Zahlung der Mitgliederbeiträge noch nicht in dem Maße zur Erhöhung der finanziellen Mittel beitragen, daß die Vermögenslücke, pro Kopf berechnet, die gleiche Höhe behält, die sie früher hatte. Dazu kommt, daß die ungeheure Entwertung des Geldes zur Verringerung des faktischen Wertes der Gewerkschaftsvermögen beigetragen hat. Es ist notwendig, daß die Arbeiterbewegung diesen Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verliert, wenn sie die Bedeutung ihrer Organisationen im Kampfe mit dem sich immer straffer organisierenden Unternehmertum richtig einschätzen will.

Um so notwendiger ist daher ein fester geistiger und organisatorischer Zusammenhalt der organisierten Massen.

Darum bedauern wir im Interesse des Proletariats lebhaft, daß die kommunistische Partei nunmehr in einer Formulierung ihrer Auffassung zur Gewerkschaftsfrage eine Haltung zeigt, die für den Zusammenhalt der Organisationen die größten Gefahren in sich birgt.

Die „kommunistische Kältekorrespondenz“ veröffentlicht eine Anzahl von Richtlinien zur Gewerkschaftsfrage, die die Stellung der Zentrale der Partei widerspiegeln und die Taktik der Mitglieder der Partei bestimmen sollen.

Die Leitlinie stellen zunächst fest, daß „die bisherige Auffassung, als könne dieses konterrevolutionäre Element (in den Gewerkschaften) von innen bis in sein Kernzentrum, das heißt bis in die Zentralbureauführung, umgestaltet werden“, nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

„Zwar wäre eine solche Umgestaltung möglich“, schreibt die Zentrale der K. P. D., „aber der Weg würde einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, als er für die Durchführung der Revolution überhaupt in Betracht kommt.“ Danach scheint die Zentrale der K. P. D. den Zeitpunkt, bis zu dem die Revolution abgeschlossen sein muß, bereits festgelegt zu haben.

Die Leitlinie erklären weiter, daß man — von Ausnahmen abgesehen — nicht sagen könne, „daß die Gewerkschaften ihrer Form nach überlebt seien, jedenfalls nicht in dem Grade, daß sie dem gesamten Empfinden des Proletariats widersprechen“. Die Massen seien nur mit der Führung der Gewerkschaften und mit der Bureauführung unzufrieden. „Sie erblinden aber selbst bis-

Werkstätten noch so sehr als ein Bedürfnis, daß sie trotz dieser Unzufriedenheit noch in hellen Scharen in die Werkstätten strömen."

Darum wäre es "Selbstaufgabe" der Partei, wenn die Kommunisten einzeln aus den Gewerkschaften austreten würden. Die Zentrale empfiehlt ihren Genossen daher, die Zerstörung der Gewerkschaftsbürokratie "zur Massenaktion" zu machen, indem die Ortsvereine, die sich im Widerspruch zur Zentralbureaukratie befinden, gelöst aus den Zentralverbänden ausscheiden. Die Anhänger der kommunistischen Partei sollen sich also nicht einzeln, sondern geschlossen und in großer Zahl von der Stätte entfernen, wo "die Massen des Proletariats heute noch stehen", wie die Leitfäden selbst die Situation und die Rolle der Gewerkschaften kennzeichnen.

Welchen Vorteil sich die Zentrale für ihre Partei von einer solchen Zerstörung der gewerkschaftlichen Einheitsorganisationen verspricht, ist uns unklar; dagegen liegt um so deutlicher auf der Hand, daß die Geschlossenheit der Gewerkschaften und damit die Widerstandsfähigkeit des Proletariats gegen die immer bestiger anfürmenden gut organisierten Unternehmern dadurch unermesslichen Schaden erleidet zu einer Zeit, wo das Proletariat diese Widerstandsfähigkeit notwendiger als je zuvor gebrauchen wird. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die dieser Parole der Zentrale folgen werden, zunächst nicht allzu groß ist. Die "Arbeiterunionen", die sich nach den Leitfäden durch den Zusammenbruch der abgesplitterten Ortsvereine bilden sollen, werden für absehbare Zeit noch nicht in der Lage sein, die Interessen des Proletariats mit jener Wucht zu vertreten, zu der die jetzt bestehenden Organisationen, deren gewaltige Macht wir durch die genannten Zahlen gekennzeichnet haben, fähig sind, wenn wir sie mit jenem Geist erfüllen, der notwendig ist, um aus der revolutionären Situation alle jene Vorteile für das Proletariat herauszuholen, deren es bedarf, um die Revolution dauernd vorwärts zu treiben und dem Endkampf um die Ausschöpfung der Lohnsklaverei entgegenzuführen. Die Erfüllung der Gewerkschaften mit diesem Geist bleibt die einzige Aufgabe der Opposition in den Gewerkschaften. Gerade wer mit Recht so ungeheuren Wert auf die Aktion der Massen legt, wie die Kommunisten, sollte sich davor hüten, gegebene Massenorganisationen zu zerstören, ohne vollwertigen Ersatz sofort an ihre Stelle setzen zu können. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen es ablehnen, sich einer Führung anzuerkennen, deren Richtlinien an so argen inneren Widersprüchen leiden, wie die Leitfäden der Kommunistenzentrale zur Gewerkschaftsfrage. Die Massenaktionen gegen die Zentralbureaukratie, die die Zentrale der K. P. D. empfiehlt, werden im gegenwärtigen Augenblick zu Massenaktionen gegen das Proletariat, wie die Leitfäden selbst zugeben, indem sie bekennen, daß die Arbeiterkraft in "hellen Scharen" den Gewerkschaften zufließt.

Die französische Partei und der Friedensvertrag.

Eine Rede Longuets.

Unsere französischen Genossen lehnen den Friedensvertrag ab, weil sie in ihm nicht eine Garantie für den dauernden Frieden, sondern den Keim zu neuen Verwicklungen sehen. In der Diskussion in der französischen Kammer gaben sie eine scharfe Kritik seiner einzelnen Bestimmungen und erregten dadurch natürlich den heftigsten Unwillen der bürgerlichen Parteien. Sie haben sich nicht dadurch beirren lassen.

Wir geben im folgenden die Rede Longuets wieder, die wir der "Humanität" vom 19. September entnehmen. Longuet wurde mehrfach auf das heftigste unterbrochen. Man warf ihm auf der Rechten vor, daß er die Interessen der Deutschen — also der Feinde — vertrete, während Longuet nichts anderes tat, als im Interesse der Menschheit vor einem

Erlebnisse eines Arztes.

Man muß vor einem Buche warnen, das ein Verlag herausgebracht hat, der sich durch sein entschiedenes Bekenntnis zur Internationalen auszeichnet. Es handelt sich um die Kriegserinnerungen eines Schweizer Arztes*, der den russischen Krieg vom großen Rückzug 1915 bis zum Kriegsende im Dienste einer russischen Ambulanz mitgemacht hat und in einer neuen Kreuzberichterstattung seine Erlebnisse schildert, eine unglaublich harmlose Auffassung menschlicher Beziehungen offenbart und wieder Interesse für die Frontsoldaten zeigt — etwa in der Art: "Unsere tapferen braven Jungen."

Der Arzt Wöh hat — jede Seite seines Buches beweist es dem Kundigen — niemals sehr ernste Kämpfe erlebt und die längste Zeit seiner Feldzugsdienstnahme im alljährlichen Einerlei des russischen Stellungskrieges verbracht, der nur einige Male kurz durch Teilangriffe unterbrochen wurde. Wöh hat sonst fast nur gelebte, Offiziersabfälle mit Krankenschwestern erlebt und Spazierfahrten nach den Feuerstellungen unternommen. Wenigstenswertes Frontstück, in dem man sich so harmlos in der Feuerzone herumtreiben durfte. Es scheint deshalb natürlich, daß der Ausbruch der Revolution für diese Herren sehr unerwünscht kam. Man hatte sich niemals einen Blick für die schwierigen Probleme erworben, die ein einschneidender langjähriger Krieg notwendig in einem Massenheer entwickeln mußte, vor allem, wenn dies Heer nicht siegreich war. Man kann auch wirklich nicht sagen, daß sich Wöh um die soziale Verfassung des gewöhnlichen Soldaten, seine Stellung zu den Vorgesetzten, seine Auffassung vom Krieg, sein grausames Dasein zwischen Tod, Drill, Langeschleppen, Schilfen und Mühseligkeit, seine Lösung von der hungernden Heimat, der er nicht helfen konnte, Gedanken gemacht hat. Es ist kein Wunder, wenn er die Revolution nicht begreift, denn er hat die Schreden des Großenkrieges nicht als Kämpfer erlebt und konnte auch schon deswegen wenig vom gemeinen Volke wissen, weil er gar nicht Russisch sprach.

Da Wöh wirklich einen sehr bescheidenen, gutwilligen Eindruck macht, halte ich es schon eher für Abnungslässigkeit als Unwilligkeit, wenn er selbstverständlich für den Ausbruch der Revolution natürlich auch die Juden verantwortlich macht und ihre

Vertrag zu warnen, der nach seiner Auffassung keine Dauer haben kann.

Longuet betonte zunächst, daß der Vertrag Frankreich nicht die Abrüstung bringe. Daß der deutsche Militarismus zwar niedergeschlagen, der französische dagegen sehr gestärkt worden sei. Vor allem aber kritisierte er die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Dieses Prinzip, das der internationale Sozialismus proklamiert hat, das die russische Revolution aufgenommen hat, dieses Prinzip wollten wir in dem Friedensvertrag respektiert sehen, und gerade weil das nicht geschieht, können wir ihm nicht unsere Zustimmung geben.

Die Begehrlichkeit auf das linke Rheinufer ist der Ursprung des Krieges von 1870 gewesen, man vergesse es nicht. Jedoch, man findet in dem Bericht des Herrn Barthou Ideen Benedettis wieder, unseres Berliner Gesandten im Jahre 1870.

Diese Worte verstehen die Rechte in Wut. Longuet rede für Deutschland, ruft jemand. Die ganze sozialistische Fraktion erhebt sich zum Protest. Cachin weist den perfiden Angriff zurück, Renaudel macht dem Präsidenten den Vorwurf, daß er Velleitigkeiten duide. Longuet läßt sich nicht von der allgemeinen Erregung hinreißen. Nachdem der Tumult sich gelegt hat, fährt er fort:

"Ich zeigte Ihnen, wie die Durchforderung des linken Rheinuferes wiederum kräftig geholfen hat uns den Krieg zu erklären. Darüber hat an anderer Stelle im Namen der Regierung auf diesen Punkt geantwortet."

Mit der deutschen Einheit ist es dieselbe Sache. Lesen Sie auch hier Jaurès nach. Auf die Zerstückelung vor 1870 hinabzusehen, bedeutet, sich in die reaktionäre Utopie zu stürzen, die ebenso gefährlich ist wie die utopische der revolutionären Utopien. Es ist kindisch, zu verneinen, daß die große Bewegung zur Einheit sich unter einer andern Form vollziehen könnte. Das hat uns Jaurès gezeigt."

Heute stehen wir vor einem ruinierten Deutschland; zu glauben, daß es zu seinem früheren Varietätsparadies zurückkehren werde, heißt, daß man die tatsächliche Lage nicht kennt. Die Einheit Deutschlands könnte sich in dem Geiste vollziehen, der bei der Gründung des deutschen Sozialismus geherrscht hat, als 1871 Deibel und Liebig gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestierten. In diesem Sinne soll sich die Einheit Deutschlands entwickeln und wir müssen ihm helfen, sich so zu entwickeln. Nicht zwischen den Staaten, sondern zwischen den deutschen Parteien muß man die Trennung begünstigen."

Auf einen Zwischenruf Constantis erwidert Longuet: "Meine Freunde in Deutschland waren die, die sich gegen den Kaiser richteten, und einige von ihnen haben ihr Leben für die Sache hingegen, die wir verteidigen." Er fährt dann fort:

An dem Tage, wo die deutschen Sozialisten, begünstigt von der Niederlage, das deutsche Kaiserreich gestürzt haben, wie war da die Haltung Eurer Regierenden ihnen gegenüber? Wenn Koste in der gegenwärtigen Stunde noch 1.200.000 Mann hat, so deshalb, weil Ihr Bourgeois die deutsche Bourgeoisie retten wollten! Auf dieser Tribüne hat unser Kollege Margaine gesagt, daß man alles getan habe, um die Revolution zu ersticken, weil viele unserer Diplomaten lieber mit den Habsburgs und den Hohenzollerns zu tun haben wollten, als mit den bestellten Völkern! Das militärische System, das man Deutschland auferlegt hat, hält dort den Kaisergeist aufrecht, indem es Koste 100.000 Soldaten läßt, die ihm der Friedensvertrag zurpricht und die sich vermehren können. Die monarchistische und militaristische Reaktion erhebt ihr Haupt. Und hier handelt man ebenfalls im Gegensatz zu dem höchsten Interesse Frankreichs."

Lloyd George und Wilson hatten dem demokratischen Deutschland einen andern Frieden versprochen als dem imperialistischen. Dieses Wort ist nicht gehalten worden.

Euer Vertrag macht, das erkenne ich an, ein großes Anrecht wieder gut, er gibt uns Elsaß-Lothringen wieder und macht so ein Verbrechen gut. Wir erwarteten die Rückkehr des Elsaß nicht von einem Reiche, sondern von dem Fortschritt des Rechts. Ich hätte vorgezogen — wir waren nicht einzig über diesen Punkt —, daß das Elsaß und durch die freie Befragung der Elsaßer selbst zurückgegeben worden wäre. Wir werden diese Befragung indirekt durch die neuen Wahlen im Elsaß haben — aber unsere Vertreter da unten mögen den Ausgang nicht durch ihre Ungeheuerlichkeit und Brutalität kompromittieren; und man möge nicht

Vertreter besonders geschäftig auftreten läßt. Man wundert sich wirklich sehr über das Urteil eines freien Schweizer in russischen Verhältnissen des Reiches. — Natürlich wird man Wöh gerne als Kronzeugen jeder reaktionären Richtung anrufen, und deshalb ist es doppelt bedauerlich, daß sich der Verlag Kasper entschlossen hat, diese Erinnerungen in die Welt hinausgehen zu lassen. Kurt Kersten.

Platinfunde in Westfalen.

Aus dem Sauerlande, wo im Jahre 1918 die ersten Platin bergenden Ablagerungen gefunden wurden, kommt die Nachricht, daß dort neuerdings größere Platinfunde gemacht worden sind. Schon nach den bisherigen Untersuchungen konnte man annehmen, daß in den Lagern von Grauwacke, Tonstein und Schwarzschiefer des Sauerlandes beträchtliche Platinmengen verborgen sind, deren Abbau sich unter Anwendung geeigneter technischer Methoden lohnen muß. Das bisher angewandte Verfahren bedarf dazu noch der Verbesserung. Bereits im Jahre 1916 begann man damit, bei Cloe in Westfalen, wo die ersten Platinfunde gelangten, ein Platinwerk zu errichten. Mittlerweile ist auch im Arnberger Walde Platin festgestellt worden, und die Ansicht der Geologen geht dahin, daß die Vorkommen im Sauerlande mächtiger seien, als die im Ural, der seit langem die wichtigste Fundstätte für das unerschöpfliche Metall bildet. Als Muttergestein des Platins gelten die primären Lagerstätten in sehr altem Gebirge. Die das Platin enthaltenden Gesteine gehören zu den ältesten Ablagerungen, die sich über dem kristallinen Grundgebirge ausgebreitet haben und bilden die Abfälle eines Meeres, das, soweit es sich um die Fundstätten im Sauerland handelt, in silurischer und devonischer Zeit das heutige Mitteleuropa bedeckte, und dem bei seinem Vorrückden große Massen des ehemaligen Festlandes zum Opfer fielen. Die ursprünglich aus Tonstein, Sand und Kies bestehenden Ablagerungen wurden bei einer späteren Dehnung des Meeresbodens landseitig und sind bei der großartigen Gebirgsaufschichtung, die während der Steinzeit in Mitteleuropa erfolgte, zu engen, vielfach zerrissenen und überschobenen Falten zusammengedrückt worden. Während dieser Perioden wurden die ehemals lederen Massen in Tonstein, Sandsteine und Grauwacken umgewandelt, wie sie heute noch das Rheinische Schiefergebirge zeigt, in dessen gewaltigen Gesteinsmassen sich innerhalb einiger Schichten in feinst

zu viele Offiziere befinden, die die Rolle der Gelben spielen, indem sie die Streitenden auf den Straßenbahnen in Straßburg erschien. Während dieser Zeit verfiel man die mutigen Einwohner, die wegen ihrer demokratischen und französischen Ideen in die deutschen Gefängnisse geworfen worden sind.

Longuet bespricht dann die verschiedenen Gebietveränderungen durch den Friedensvertrag und konstatiert, daß überall die unterdrückten, nun befreiten Völker ihrerseits zu Unterdrückern werden. Er weist darauf hin, daß die Alliierten selbst unterdrückte Völker haben, so England: Irland, Ägypten, Indien; Frankreich: Hinterindien, Tunesien, Marokko. Auch hier entsteht, wie zu erwarten war, große Unruhe, und es erfolgen Zwischendebatten.

Zum Schluß kommt Longuet auf Rußland zu sprechen und er fragt, ob der Geist der Heiligen Allianz weiter die Diplomatie Frankreichs inspirieren solle. Er erinnert an den Vorschlag einer Konferenz zu Brinkovo und teilt mit, daß die Vorschläge Wilsons und Lloyd Georges von Lenin angenommen wurden. Die Gesandten überbrachten die Moskauer Vorschläge nach Paris.

Hier wird Longuet von Clemenceau unterbrochen, der fragt, wem man die Vorschläge überbracht habe, er habe niemals Kenntnis von ihnen gehabt. Longuet erklärt, daß er seiner Sache sicher sei, da er mit amerikanischen Offizieren verschiedene Male Aussprachen darüber gehabt habe. Der Conseilpräsident und Renaudel mischen sich ein. Aus der Debatte geht hervor, daß die französische Regierung offiziell nichts von den Vorschlägen wußte, und sich angeblich auch durch die Mitteilungen in den Zeitungen nicht betrogen fühlte, bei Lloyd George und Wilson anzuklopfen.

Longuet behandelt diese Art, sich aus der Affäre zu ziehen, mit dem nötigen Spott, rollt noch einmal die ganze Angelegenheit auf und fragt dann, ob die Regierung weiter Abenteuer wie Kollschal und Denkin, unterstützen wolle.

Es ist nötig, daß die Arbeiter sich über die Geheimnisse der internationalen Politik auf dem laufenden halten, daß sie ihre Regierung überwachen, protestieren, wenn es ihnen nötig erscheint, und sich bemühen, die Grundzüge des Rechts und der Gerechtigkeit durchzusetzen, die die Beziehungen zwischen den Nationen beherrschen müssen. Diese Regeln nicht befolgen, heißt gegen die Arbeiter handeln. Deshalb werden wir gegen den Vertrag stimmen."

Es war die Jungferrede Longuets in der Kammer. Ihre Ankündigung hatte große Aufregung in der Kammer verursacht; gegen Longuet, der im Vordergrund der Opposition gegen den Krieg gestanden hatte und einer der Führer der jetzigen radikalen Majorität der Partei geworden war, hatten die Nationalisten alle ihre Bekannten spielen lassen. Man erwartete Unterbrechungen und Standalktionen. Aber die tapfere und unerfrockene Art unseres Freundes stieß auch den Begnern Respekt ein, und die Rede wurde bis auf einige Unterbrechungen von der ganzen Kammer mit großer Aufmerksamkeit angehört.

Politische Nachrichten.

Die Wiener Kohlennot hat bis jetzt noch keine nennenswerte Besserung erfahren. Staatskanzler Dr. Renner äußerte sich dahin, daß die Krise auch nach Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs fortbauere und nur schrittweise überwunden werden könne. Der Staatskanzler verlange die Bildung einer mitteleuropäischen Kohlenkartell. — Ebenso wird es in Wien wegen mangelhafter Getreidezufuhr zu einer Kürzung der Brotration kommen. Auch in der Kartoffelversorgung sieht Oesterreich schwere Zeiten entgegen, da die Ernte in Oesterreich sehr mäßig ist.

Zu dem drohenden Eisenbahnstreik in England liegen Nachrichten vor, die den Streik als unwahrscheinlich bezeichnen. Die finanzielle Lage der Eisenbahnangestellten sei bis Ende des Jahres sichergestellt. Der Sekretär des Verbandes für Lokomotivführer und Feiger, erklärte, ihm sei von einer Eisenbahnstreiks nichts bekannt.

Annunzio soll aus Rom vertrieben werden, und zwar auf Witten der italienischen Regierung durch eine Heeresmacht aller Verbündeten mit Ausnahme der Italiener selbst.

Der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Belgien wird am 25. September beginnen. Täglich wird ein Zug mit 1000 Mann bis zur Grenze der besetzten Zone gehen.

Die Verteilung Platins findet Ursprünglich hat sich Platin wohl aus noch glasflüssigen Eruptivgesteinen ausgeschieden. Wahrscheinlich ist also das Edelmetall sehr ungleichmäßig verteilt. Im Ural sollen ursprünglich 60 bis 100 Gramm Platin auf die Tonne enthalten gewesen sein; diese reichen Lagerstätten sind aber längst erschöpft, und heute beträgt die Ausbeute auch dort nur noch etwa 2 1/2 Gramm pro Tonne.

Erst in der Menge wurde dieses kostbare aller Metalle bekannt. Sein Entdecker ist der spanische Mathematiker Anton de Ulloa, der es in dem goldführenden Sande des Flusses Pinto in Thoco (Neu-Granada) in Südamerika auffand, es aber anfänglich für Silber hielt. Daher auch der Name des Platins, vom spanische Wort „plata“, Silber. Erst im Jahre 1762 erkannte der schwedische Münzdirektor Scheffer das Platin als ein besonderes Metall. Die bedeutendste Fabrik für Gefäße und Gerätschaften aus Platin, wie sie die moderne Technik gebraucht, befindet sich in Hanau.

M. A.

Zu den modernen Komponisten, die das ganz auf dem Gehör stehende bürgerliche Konzertleben zu wenig beachtet, gehört Hans Pfitzner, dessen großes Opernwerk „Palestrina" demnächst in der Staatsoper aufgeführt werden wird. Generalintendant u. Schillings hofft, das Werk in seinen großen Dimensionen gerade auch der Arbeiterklasse vorzuführen zu können. Zur Pflege von Pfitzners Kunst hat sich ein „Hans-Pfitzner-Verein für deutsche Tonkunst" gebildet. Das erste Konzert in der Singakademie bestätigte die dem guten Musiker bekannte Tatsache, daß Pfitzners Vieder zu den innigsten und feinsten Schöpfungen der Gegenwart gehören. Das Trio hat, besonders im Cellist, viele Schönheiten, leider auch die Schwächen Pfitzners. Birgit, Engel und Luise Müller sangen, teils von Bruno Walter, teils vom Komponisten begleitet, mit feinstem Verständnis und bester Schulung. Der Cellist war sehr groß. Auf seinem eigenschöpferischen Kammermusikabend im Becksteinhaus erwies sich Robert Kitzner als ein formidabler Meister der Kammermusiktechnik. Schwermütig und aus innerem Geist geprägt, wußte sein Kunstsinn über die Akademie, in der sein Können wurzelt, hinaus. Gelungen in der Thematik, dem Gehalt und der Harmonik der klassischen Kammermusikschule und ohne eigenes Gepräge, fesselt er doch in seinen Werken durch Erfindungsreichtum und durch hochentwickelten Sinn für Klanglich-

* Walter von Wöh: Als Arzt einer russischen Ambulanz. Bieder u. Cie. Zürich 1918.

